

V4 Bündnisgrüne Forderungen an die gemeinsame Landesplanung von Brandenburg und Berlin

Gremium: LAG Baukultur
Beschlussdatum: 28.10.2016
Tagesordnungspunkt: 7.1. V-Anträge (Verschiedenes)

1 Unter <https://online-beteiligung.org/lephr/> sind alle Bürgerinnen und Bürger,
2 alle Träger öffentlicher Belange, also die Gebietskörperschaften und
3 Körperschaften öffentlichen Rechtes sowie alle anerkannten Verbände und
4 Unternehmen der Daseinsvorsorge, aufgerufen, sich mit Stellungnahmen bis zum
5 15.12.2016 zu beteiligen.

6 Wir rufen alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, alle Berlinerinnen und
7 Berliner auf, hier Ihre Interessen zu vertreten und ihre Meinung zu diesem
8 wichtigen Baustein zur Entwicklung des Landes kund zu tun.

9 Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP-HR) setzt keine planerischen,
10 in die Zukunft gerichteten Ziele, sondern schreibt die Entwicklung der
11 Vergangenheit bloß fort und ignoriert in bekannter Weise die Probleme des
12 Landes. Eine zukunftsorientierte Landesplanung muss sich an der vorhandenen
13 Nachhaltigkeitsstrategie orientieren und Ziele sowie Aufgaben einer tragfähigen
14 Klimaschutzplanung vorgeben. Der LEP-HR arbeitet die Mängel des derzeit noch
15 gültigen Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg (LEP-BB) nicht auf, sondern
16 schreibt die Konzeption des „Stärken stärken“ fort und schwächt so die
17 Ländlichen Räume. Er erkennt nicht die dynamische Entwicklung in den ländlichen
18 Räumen der letzten Jahre an. Gerade die Kleinstädte außerhalb des Berliner
19 Umlandes werden hierdurch entscheidend benachteiligt. Die Mobilitätsstrategie
20 muss im LEP HR integriert werden, dabei die Anforderungen der wachsenden
21 Metropole berücksichtigen und Stadtentwicklung und umweltfreundliche Mobilität
22 miteinander verknüpfen.

23 Wir fordern die gemeinsame Landesplanung (GL) und damit die Landesregierungen
24 auf, die Zukunftspotenziale Brandenburgs und Berlins, aber auch die Konflikte
25 endlich wahrzunehmen und die Weichen für eine zukunftsfähige Entwicklung in
26 allen Regionen zu stellen.

27 Die GL verdrängt wesentliche Probleme und Themen des Landes, indem sie diese in
28 eigenständige Planwerke auslagert und so dem öffentlichen Diskurs beim LEP-HR
29 entzieht: Die Braunkohle wird in eigenen Braunkohleplänen und der Flughafen im
30 Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) behandelt, beides
31 ohne jedwede Integration in den LEP HR. Die GL tut so, als gäbe es keine
32 Braunkohlenproblematik. In der Festlegungskarte wird der Gestaltungsraum
33 Siedlung unmittelbar an den BER herangeführt, als wenn hier kein regionaler
34 Konflikt zu lösen wäre. Das ist ein schwerliegender Fehler. Ferner muss hier das
35 vom Parlament beschlossene landesplanerische Nachtflugverbot berücksichtigt
36 werden.

37 Wir fordern die Regierungen von Brandenburg und Berlin auf, endlich eine
38 integrierte und tragfähige Landesplanung für die gesamte Region aufzusetzen, die
39 alle Themen in angemessener Weise behandelt und die Konflikte mit den

40 Beteiligten ausficht. Der Verdrängungspolitik muss endlich ein Ende gesetzt
41 werden.

42 Das vorliegende Konzept des schlanken Planens ist abzulehnen, wenn die
43 Regionalen Planungsgemeinschaften, die kommunalen Nachbarschaftsforen und die
44 Kommunen und Bezirke nicht dergestalt gestärkt werden, dass sie die von der
45 Landesplanung übernommenen Aufgaben auch tatsächlich übernehmen, sie die
46 erforderlichen Leistungen erbringen können und wollen.

47 Wir fordern daher detailliertere Planungen in einem angemessenen Maßstab und
48 eine deutliche Stärkung der nachgeordneten Planungen. Das heißt mehr Kompetenz
49 und Mittel in Kooperationen für Kommunen, Bezirke, Planungsgemeinschaften und
50 Nachbarschaftsforen, koordiniert mit der GL. Tragfähige Planungen brauchen eine
51 Umsetzungsstruktur und -instrumente, sonst hinterlassen sie von der Politik
52 enttäuschte Bürgerinnen und Bürger.

53 Das aus dem LEP-BB unverändert übernommene rudimentäre System der
54 zentralörtlichen Gliederung ist nicht tragfähig. Eine verantwortungsvolle
55 Landesplanung muss Aussagen über die Grundversorgung treffen und darf diese auch
56 nicht an die Kommunen delegieren, ohne diesen die Instrumente hierfür zu geben.
57 Die GL kann nicht davon ausgehen, dass alle Kommunen die Grundversorgung
58 absichern können. Damit ist der zentrale Anspruch einer „nachhaltigen
59 Raumentwicklung“ und die Aufrechterhaltung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“,
60 gefährdet.

61 Die rein technokratische Bewertung und Definition der Mittelzentren über
62 Bewertungsalgorithmen ist für viele bedeutende Städte in Brandenburg fatal und
63 zeigt den fehlenden planerischen Willen der GL. Unter Berücksichtigung der
64 aktuellen Bevölkerungsentwicklung ist es nicht nachvollziehbar, warum
65 Angermünde, Dahme/Mark und Luckau nicht Mittelzentren sowie Calau und Vetschau
66 oder Fürstenberg/Havel und Lychen nicht zumindest in Funktionsteilung
67 Mittelzentren sind. Weitere mögliche Kandidaten für Mittelzentren könnten
68 Baruth/Mark, Fehrbellin oder Storkow (Mark) sein. Ihre wichtige und bestehende
69 Funktion als Anker im Raum können diese bedeutenden Städte Brandenburgs
70 ansonsten schwer erbringen. Die zu starke Bündelung von Angeboten der
71 Daseinsvorsorge und die Konzentration von Siedlungsentwicklung auf derart wenige
72 zentrale Orte halten wir für einen strukturellen Fehler dieser Landesplanung.

73 Wir fordern daher detaillierte Aussagen über die Grundversorgung im Raum, die
74 Prüfung und Ausweisung weiterer Mittelzentren aufgrund planerischer Kriterien,
75 damit zukunftsfähige Städte in den ländlichen Räumen eine Entwicklungschance
76 erhalten und ihre wichtigen Funktionen für die ländlichen Räume auch weiterhin
77 dauerhaft ausüben können.

78 Die grundsätzlich begrüßenswerte Entwicklung entlang des Siedlungssternes mit
79 einem sogenannten Sprung in die zweite Reihe bedarf erstens einer starken
80 Führung durch die GL und zweitens einer attraktiven und leistungsfähigen
81 Infrastruktur.

82 Wir fordern daher:

83 1. Die GL muss, z.B. im Rahmen der kommunalen Nachbarschaftsforen oder der
84 Regionalparks, mit den Gemeinden im Berliner Umland in einen
85 Kommunikationsprozess mit dem Ziel einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung
86 treten, will sie das Ziel des Siedlungssternes nicht an Partikularinteressen

87 einzelner Gemeinden verlieren. Hierfür sind genauere planerische Aussagen für
88 das Berliner Umland in einem detaillierteren Maßstab als derzeit zu treffen.

89 2. Einen konsequenten und beschleunigten Ausbau der schienengebundenen
90 Infrastruktur. Besonders hohe Bedarfe im Berliner Umland sehen wir vor allem im
91 Anschluss der Dresdner Bahn und der Görlitzer Bahn in den Strecken nach
92 Falkensee, Potsdam und Teltow-Stahnsdorf. Wir fordern die Landesregierungen auf,
93 diese Projekte im Bundesverkehrswegeplan priorisiert zu verfolgen.

94 Die Reduktion der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme kann nicht nur zu Lasten
95 der ländlichen Räume gehen. Die Notwendigkeit der Intensivierung der
96 Siedlungsentwicklung der Innenbereiche betrifft große Städte ebenso wie kleine
97 Dörfer. Das Ziel der flächensparenden Siedlungsentwicklung entlastet auch die
98 technische und soziale Infrastruktur und wird auch im Plan benannt. Es fehlen
99 aber wirksame Instrumente zur Umsetzung in den konkreten Themenbereichen Gewerbe
100 und Wohnen.

101 Wir fordern daher, im Landesentwicklungsplan dieses Thema nicht nur zu
102 beschreiben, sondern auch brauchbare Instrumente zur Zielerreichung anzubieten.
103 So müssen die Kommunen für die Identifizierung und Aktivierung der
104 Innenentwicklungspotenziale gewonnen und gefördert werden. Dazu gehört auch eine
105 veränderte Vergabepolitik des öffentlichen Grund und Bodens, eine gestärkte,
106 aktive Stadtplanung und eine angepasste, nachhaltige Verkehrsplanung.

Begründung

mündlich